Ressort: Finanzen

SPD warnt Regierung beim ESM vor Rechtsbruch

Berlin, 19.01.2013, 00:05 Uhr

GDN - In der SPD wächst die Sorge, die künftige Ausgestaltung des Euro-Rettungsfonds ESM könnte gegen deutsche Rechtslage verstoßen. In der "Bild-Zeitung" (Samstagausgabe) mahnte der Bundestagsabgeordnete und haushaltspolitische Sprecher der SPD, Carsten Schneider, der ESM dürfe nicht das Recht bekommen, notleidende Banken direkt mit Finanzhilfen zu stützen.

Der Bundestag habe das im vergangenen Sommer auch mit den Stimmen von Union und FDP entsprechend abgelehnt. Nun zeichne sich in Brüssel allerdings ab, dass der ESM doch zügig auch direkte Hilfen vergeben können soll. "Frau Merkel und Herr Schäuble schaffen bei Verhandlungen in Brüssel bereits Fakten und verstoßen damit gegen die deutsche Rechtslage. Dabei haben sie sich in ihrem Amtseid dazu verpflichtet, die deutschen Gesetze zu wahren und zu schützen", kritisierte Schneider in der "Bild-Zeitung". Hinter verschlossenen Türen machten sie aber gerade das Gegenteil und setzten damit die Interessen der deutschen Steuerzahler aufs Spiel.

Bericht online:
https://www.germandailynews.com/bericht-6063/spd-warnt-regierung-beim-esm-vor-rechtsbruch.html

Redaktion und Veranwortlichkeit:
V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:
Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:
UPA United Press Agency LTD
483 Green Lanes
UK, London N13NV 4BS
contact (at) unitedpressagency.com
Official Federal Reg. No. 7442619